



Protokollauszug

zum AUSSCHUSS FÜR BILDUNG, SPORT UND SOZIALES

am Mittwoch, 19.02.2014, 17:04 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Künftige Entwicklung der Ludwigsburger
Werkrealschulen im Rahmen der
Schulentwicklung 2012 bis 2017

Vorl.Nr. 042/14

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis der Ergebnisse des Aufnahmeverfahrens 2014 für die drei Werkrealschulen die Fortschreibung des Schulentwicklungsplans im Dialog mit den betroffenen Schulen einzuleiten, um

- a) den nach der Regionalen Schulentwicklungsplanung erforderlichen Bestand mindestens einer Werkrealschule zu sichern,
- b) die Entwicklung der Werkrealschulen bildungs-, schüler- und raumgerecht zu gestalten sowie
- c) die Funktions- und Entwicklungsfähigkeit der im Schulcampus Innenstadt zusammengefassten Schulen zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Aufgrund entsprechender Anträge aus der Mitte des Gremiums lässt EBM **Seigfried** einzeln über die Buchstaben des Beschlussvorschlages abstimmen.

Lit. a)

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 15 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Lit. b)

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 14 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Lit. c)

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 10 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, und 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** führt in die Vorl.Nr. 042/14 ein und geht auf die Schreiben der Schulleitungen und deren Wunsch nach einer schnellen Klärung der künftigen Werkrealschulstandorte ein.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) erläutert den Inhalt der Vorl.Nr. 042/14 und den geplanten Verfahrensablauf. Vor dem Hintergrund der Entwicklungen der Schülerzahlen in den vergangenen Jahren wurde aus dem Anmeldeverhalten der Eltern ein spürbarer Rückgang bei den Werkrealschulen deutlich, weshalb die Notwendigkeit bestehe entsprechend zu reagieren. Dies solle in einem Dialogverfahren mit den Schulen umgesetzt werden, wozu bereits erste Vorgespräche stattgefunden hätten. Weiterhin sei für die weiteren Planungen wichtig, die Bildungsstandorte, die Schüler und die räumliche Abbildung im Blick zu behalten. Im Rahmen der regionalen Schulentwicklungsplanung sei es allerdings erforderlich mindestens einen Werkrealschulstandort vorzuhalten.

Stadtrat **Meyer** sieht das bisherige Schulsystem im Umbruch, da sich durch das stark verändernde Wahlverhalten der Eltern gravierende Auswirkungen auf die Schulen ergäben. In den Anmeldezahlen zeige sich, weshalb sich die Stadt als Schulträger diesen Veränderungen stellen und das Angebot der Schulformen nachfrage- und zukunftsgerichtet gestalten müsse. Bereits jetzt könne man durch die Sicherung mindestens einer zukunftsfähigen Werkrealschule auf der Grundlage der Kriterien der Verwaltung die Weichen stellen, solange noch die entsprechende Nachfrage vorhanden sei. Im Namen der CDU-Fraktion stimmt Stadtrat Meyer dem Beschlussvorschlag zu und bittet gleichzeitig um eine stärkere Einbindung des Ausschusses, als dies bei der Entscheidung zur Neugründung anstatt der möglichen Umwandlung der Justinus-Kerner-Schule in eine Gemeinschaftsschule der Fall war.

Nach den Ausführungen Stadtrat **von Stackelberg** bestehe dringender Handlungsbedarf für eine gemeinsame Weiterentwicklung der Ludwigsburger Schullandschaft und in dieser Frage eine enge Verknüpfung mit dem Tagesordnungspunkt 2. Er könne der vorgeschlagenen Verfahrensweise, auf der Grundlage der Anmeldezahlen für 2014 weiter zu entscheiden, im Namen der SPD-Fraktion zustimmen. Anschließend fordert er die Verwaltung auf, diesen Weg in einem guten Dialogverfahren und unter früher, enger Einbindung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales die Vorschläge zur Diskussion zu bringen und damit gute schulische Ausbildungsmöglichkeiten zu schaffen.

Stadträtin **Moersch** führt aus, dass bei dieser weitreichenden Entscheidung auf Grundlage der aktuellsten Schülerzahlen reagiert und vorausschauend entschieden werden müsse. Durch die äußeren Rahmenbedingungen, auf die man keinen Einfluss habe, sei die Schulform nicht mehr überlebensfähig. Jetzt müsse entschieden werden welche Einrichtung weitergeführt werde. Das dieser Prozess jetzt angestoßen werde bezeichnet sie als folgerichtig und stimmt dem Beschlussvorschlag im Namen der Fraktion der Freien Wähler mit den Vorgaben „Sorgfalt vor Eile“ und „den Betroffenen soll Zeit und Raum gegeben werden, diesen Weg bewusst aktiv aber auch zügig mitzugehen“ zu. Darüber hinaus bitte Stadträtin Moersch um getrennte Abstimmung zu Buchstabe c), da dieser zu sehr den Weg der Auslagerung der Werkrealschule aus dem Campus fokussiere, um den Weg für den Raumbedarf anderer Schulen frei zu machen. Deshalb werde ihre Fraktion diesen ablehnen.

Stadtrat **Dr. Vierling** bezeichnet den Beschlussvorschlag der Vorl.Nr. 042/14 als vernünftig, da er auf die Dringlichkeit von Entscheidungen hinweise, welche im Dialogverfahren unter Einbeziehung der Beteiligten stattfinden solle. Der Prozess des dynamischen Schrumpfens der Werkrealschulen müsse durch den Schulträger organisiert werden, da nach wie vor ein breites Schulsystem für die Elternwünsche vorzuhalten sei. Nach seiner Auffassung bestehe in der Innenstadt kein Bedarf für eine eigenständige Werkrealschule, weil dort spätestens mit der Gemeinschaftsschule Angebote für alle Leistungsniveaus bestünden. Dahingegen hätten die Standorte für weiterführende Schulen in der Oststadt und in Eglosheim dann eine realistische Zukunftsperspektive, wenn sie die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule in Angriff nehmen würden.

Der Buchstabe a) des Beschlussvorschlages nehme den Druck der Dynamik nicht von einer einzigen Werkrealschule, selbst wenn das Gremium diese für den Schulamtsbezirk Ludwigsburg sichere, könne auf Dauer wegen der geringen Schülerzahlen keine eigenständige Werkrealschule existieren.

Für Stadtrat **Heer** ist eine eindeutige Tendenz zu anderen Schulformen erkennbar, was auf das geänderte Wahlverhalten der Eltern zurückgeführt werden könne. Das Gremium stehe daher vor der Entscheidung, was aus den drei vorhandenen Werkrealschulen werde. Die schwierige Entscheidung, welche Werkrealschule an welchem Standort den Vorzug erhalte, könne man nur vom Raumangebot und der Annahme des Schulangebotes am jeweiligen Standort abhängig machen. Seine Fraktion befürworte die angestrebte Klarheit hinsichtlich der zukünftigen Schulpolitik und rege an, im Dialog auch eine Kooperation mit einer zukünftigen Gemeinschaftsschule in Betracht zu ziehen. Weiterhin habe die FDP-Fraktion große Bedenken hinsichtlich der weiteren Entwicklung der Werkrealschulen, die bisher eine sehr gute Arbeit geleistet hätten. Dazu wünsche er sich eine Bewertung durch die Leiterin des Staatlichen Schulamts, Frau Traub.

Stadträtin **Lange** bewertet den Inhalt der Vorlage. Aufgrund einiger Unklarheiten könne sie den Beschlussvorschlägen in der jetzigen Form nicht zustimmen.

EBM **Seigfried** fasst die schwierige Ausgangslage zusammen und blickt auf die ähnliche Problematik bei der Schließung der Hauptschulen im Jahr 2007/2008 zurück. Aufgrund der mangelnden Nachfrage habe sich diese Situation bei den Werkrealschulen genauso entwickelt. Er stellt fest, dass sich die Tendenz in Richtung eines zweigliedrigen Schulsystems bewege und betont, dass es mit der Vorl.Nr. 042/14 darum gehe, den Auftrag zur Erarbeitung von Vorschlägen zu erhalten. Nach Gesprächen mit den Beteiligten und mit Blick auf die Organisation von Schulen und auf die räumliche Verortung in den bestehenden Schulgebäuden, würden diese Vorschläge anschließend im Gremium diskutiert. Im Vordergrund stehe die planerische Gestaltung des Prozesses, anstatt diesem nur zuzusehen und im Nachgang zu reagieren.

Frau **Traub** (Leitende Schulamtsdirektorin, Staatliches Schulamt Ludwigsburg) gibt eine Stellungnahme zur Situation der Werkrealschulen aus Sicht des Staatlichen Schulamtes ab. Die Abwärtsentwicklung wurde durch den Wegfall der verpflichtenden Grundschulempfehlung stark befördert, so dass beispielsweise im Umland bereits viele Schulen weggebrochen seien, weil sie sich vom innerschulischen Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten ließen. Grundsätzlich benötige eine Schule eine stabile Größe, damit sie mit einem breiten vielschichtigen Angebot die Schüler erreichen könne. Die Durchlässigkeit des Schulsystems solle dazu führen, dass eine Korrektur von Bildungsentscheidungen möglich werde, was für die derzeitige Schulstruktur Ludwigsburgs eine Chance bedeute. Mit den aktuellen Schülerzahlen von 85 Fünftklässlern und stärker besetzten höheren Klassen, lasse sich eine stabile Schularbeit leisten. Durch die Gemeinschaftsschule hingegen könne insbesondere den Eltern eine Freiheit und Offenheit ermöglicht werden, die sich bezüglich des angestrebten Abschlusses ihres Kindes noch nicht eindeutig festlegen könnten oder wollten. Die Werkrealschulen seien in dieser Beziehung vergleichbar durchlässig. Frau Traub sieht die Notwendigkeit einen Übergang zu gestalten, jedoch sei dies nicht gleichzeitig an drei Standorten möglich. Eine zufällige Entwicklung abzuwarten halte sie für keine gute Option, weshalb der sukzessiven Gestaltung der Zusammenführung aller Bestandsstandorte unter intensiver Beteiligung der Schulen der Vorzug gegeben werden sollte.

EBM **Seigfried** schildert die denkbaren Entwicklungsszenarien und die mögliche Vorgehensweise über die nächsten Jahre. Die Entscheidung, welche Schule weitergeführt werde, ausschließlich vom Schulwahlverhalten der Eltern abhängig zu machen, sei für ihn nicht denkbar.

Frau **Traub** antwortet auf die Nachfragen aus der Mitte des Gremiums. So führt sie aus, dass die Schulentwicklung sowohl bei Werkrealschulen als auch bei Gemeinschaftsschulen sehr stark vom Bedarf abhängt. Bei Letzterer werde sich zeigen, ob in Ludwigsburg weitere Angebote dieser Art notwendig seien. Dahingegen seien Schulschließungen nur auf Antrag und unter plausibler Darlegung der Gründe möglich. Alternativ bestünde die Möglichkeit einer sukzessiven Schließung oder einer Fusion.

EBM **Seigfried** fasst die Zielrichtung der Beratung der Vorl.Nr. 042/13 dahingehend zusammen, dass nicht über die Schließung einer Schule diskutiert, sondern eine ergebnisoffene Lösungsfindung beauftragt werden solle. Hinsichtlich der Handlungsoptionen sei man völlig offen. Mit Blick auf sinnvolle Fusionen, könne der zahlenmäßige Effekt erst mit den Anmeldezahlen überprüft werden, wenn bekannt sei welche Schulen Eingangsklassen bilden könnten. Er appelliert an das Gremium, dass ein Prozesseinstieg unbedingt notwendig wäre, da auch das Lehrerkollegium eine Perspektive benötige und die zügige Umsetzung für eine Entscheidung noch mit dem jetzigen Gemeinderat anvisiert werde.

Auf Nachfrage von Stadtrat **von Stackelberg** erläutert EBM **Seigfried** den Hintergrund des Buchstaben c), wonach der Raumbedarf und die Schulentwicklung aller Schulen auf dem Campus auf der Basis von Hochrechnungen berücksichtigt würden. Er bitte dies gleichermaßen als Vorgabe an die Verwaltung zu verstehen, einen langfristig tragfähigen Vorschlag zu erarbeiten.

Nach kurzer Diskussion über das Abstimmungsprozedere lässt EBM **Seigfried** getrennt über den Beschlussvorschlag abstimmen. Hierzu verliest er im Vorfeld der Abstimmung nochmals den jeweiligen Beschlussvorschlag.

TOP 2 **Unterbringung des Goethe-Gymnasiums
während der Bauzeit**

TOP 2.1 **Prüfauftrag und weitere Variante IV** **Vorl.Nr. 036/14**

Beschluss:

Das Goethe-Gymnasium wird während der Generalsanierung des Gebäudeteils Seestraße in dem Gebäude der vorgesehenen Gemeinschaftsschule (Alleenstraße 17 bis 21) untergebracht.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Beratungsverlauf:

Herr **Reichert** (FB Bildung, Familie, Sport) geht kurz auf die Varianten I bis III und die damit verbundenen Kostenschätzungen ein. Im Anschluss an die Darstellung der Ist-Situation stellt er die Ergebnisse der Prüfung zur alternativen Unterbringung des Goethe-Gymnasiums in den Räumen der vorgesehenen Gemeinschaftsschule in der Alleenstraße 17-21 im Rahmen der Variante IV vor.

EBM **Seigfried** weist ergänzend dazu auf die Stellungnahmen des Elternbeirats des Goethe-Gymnasiums hin, in der die Varianten II und IV als geeignet eingestuft und Kritik an den Varianten I und III ausgeübt wurde.

Stadtrat **Meyer** stellt fest, dass sich der zusätzliche Prüfauftrag seiner Fraktion auf der gemeinsamen Suche nach attraktiven Lösungen gelohnt habe. Grundsätzlich gebe es jedoch keine Entscheidung für eine Variante ohne Auswirkungen auf andere Schulen auf dem Campus. Im Namen der CDU-Fraktion erklärt er die Zustimmung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung, als beste der vorgeschlagenen Lösungsoptionen, welche darüber hinaus erhebliche Investitionskosten spare. Stadtrat Meyer regt einen offenen und ehrlichen Umgang mit den Betroffenen an und kündigt an, dass dem Schlusssatz der Begründung der Vorlage nicht gefolgt werden könne. Vor diesem Hintergrund wäre ein langsames Abschmelzen der Justinus-Kerner-Schule fatal.

Stadtrat **von Stackelberg** unterstreicht die enge Verknüpfung mit der Thematik der Unterbringung und Weiterführung der Werkrealschulen und nimmt ausführlich zur Gesamtsituation im Zusammenhang mit dem Schulentwicklungsplan Stellung. Seiner Auffassung nach sei der Konflikt mit dem bisher geplanten Einzug der Justinus-Kerner-Schule und deren Umzug vermeidbar. Anschließend äußert er sich zu den Kostenaspekten der verschiedenen Lösungsansätze und deren Auswirkungen.

Stadträtin **Moersch** lenkt die Aufmerksamkeit auf die gravierenden Folgen der Variante IV für die Justinus-Kerner-Schule und äußert sich zu den durch ihre Fraktion erwarteten Folgekosten. Sie vermisse in der Vorlage die Angabe der Kosten für den Brandschutz der Fachräume der Silcherschule, für den Fall eines Einzugs der Justinus-Kerner-Schule. Weiterhin beantragt sie zur Beratung innerhalb der Fraktion eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Stadtrat **Dr. Vierling** spricht sich für eine Entscheidung in dieser Frage aus. In der Sanierungszeit müsse das Goethe-Gymnasium über die räumlichen Voraussetzungen verfügen, um seine Profile zu leben und auswählende Eltern von ihrem Angebot zu überzeugen. Des Weiteren müssen diese so ausgestattet sein, dass es in den Jahren 2015 bis 2017 seine Position in der Schullandschaft behaupten könne. Unter diesen Voraussetzungen sei für die Fraktion der Grünen die Variante IV plausibel, kostengünstiger als Variante II und erspare die aufwendige Ertüchtigung der Silcher-Gebäude für einen kurzen Übergangszeitraum. Deshalb befürworte seine Fraktion diese Lösung. Nicht plausibel hingegen sei der letzte Satz der Sachverhaltsdarstellung, da kein Automatismus gesehen werde, die Justinus-Kerner-Schule in den Räumen der Silcherschule unterzubringen. Unter Bezug auf Tagesordnungspunkt 1 dürfe keine einseitige Vorfestlegung zur Zukunft der Werkrealschulen getroffen werden, indem jetzt die Räume im Gebäude Alleenstraße 17-21 in einem auslaufenden Prozess für die Justinus-Kerner-Schule reserviert würden, die gemeinsam mit der Gemeinschaftsschule in das Gebäude solle. Andernfalls sei bei einer wachsenden Gemeinschaftsschule zu wenig Platz vorhanden. Man möchte gerade nicht beschließen, dass die Justinus-Kerner-Schule innerhalb von fünf Jahren in der Innenstadt auslaufen solle, sondern nach umfassenderen Lösungen suchen. Schließlich fordert er die Verwaltung auf, über die weiteren Pläne zur Nutzung der Silchergebäude zu berichten.

Stadtrat **Heer** erinnert an seinen Zuspruch für die Variante II in der letzten Beratung. Er sei sich sicher, dass in der neuen Variante IV, die Kosten für den Brandschutz fehlen würden und wünsche sich hierzu eine belastbare Aussage. Nur dann könne seines Erachtens eine Gegenüberstellung der Varianten erfolgen und eine Zustimmung wäre unter Umständen möglich.

Stadträtin **Lange** kann sich der Variante IV nicht anschließen, weil es ihr schwer falle, einzusehen, weshalb der Standort der Justinus-Kerner-Schule aufgegeben und diese verteilt werden solle, obwohl eine anderslautende Zusage bestehe. Sie befürworte weiterhin den Einzug in die renovierte ehemalige Pestalozzischule, da es sinnvoller sei, die Justinus-Kerner-Schule und die neue Gemeinschaftsschule unter einem Dach zu bündeln, da dort auch Werkrealschüler aus der Oststadt und Eglosheim aufgenommen werden könnten.

Frau **Schmetz** (FB Bildung, Familie, Sport) äußert sich zu den aufgeworfenen Fragen der Ausschussmitglieder. Die Nutzung der Silchergebäude sei kein Automatismus, sondern eine Sicherheitsreserve zur Abbildung der räumlichen Strukturen. Die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes der Justinus-Kerner-Schule, müsse ungeachtet einer eventuellen Schließung gewährleistet sein. Bei dieser Planung seien viele Komponenten noch im Unklaren, insbesondere die Schülerzahlen, welche von Schulwahlverhalten beeinflusst würden. Darüber hinaus stehe eine Fusion der Werkrealschulen im Raum, deren Auswirkungen ebenfalls bedacht werden müssten. Im Anschluss geht sie auf die Hintergründe der einzelnen Lösungsvarianten ein und schildert die Prozessabläufe der damaligen Neugründung anstatt einer Umwandlung der geplanten Gemeinschaftsschule.

EBM **Seigfried** schildert, dass die Rahmenbedingungen für die Unterbringung des Goethe-Gymnasiums fest stünden, die Situation der Werkrealschulen im Jahr 2015 allerdings noch unbekannt sei. Nachfolgend stellt er die möglichen Szenarien für eine mögliche dauerhafte Erhaltung der Justinus-Kerner-Schule als Werkrealschule in der Innenstadt dar, wofür tatsächlich die heutige Silcherschule mit den entsprechenden finanziellen Folgen komplett umgebaut werden müsse. Im Moment genüge es, diese mittels einer behelfsmäßigen Sanierung und außenstehenden Treppenhäusern für zwei Jahre betriebsfähig zu machen. Dies sei auch kostenseitig klar von einer Generalsanierung zu unterscheiden.

Stadträtin **Moersch** erkundigt sich, weshalb die politischen Entscheidungsträger in den Werkstattprozess der Gemeinschaftsschule nicht eingebunden worden sind. Durch eine frühzeitige Information hätte man diesen Prozess begleiten, die Abläufe sichten und letztendlich vielleicht auch nachvollziehen können, dass nur eine Variante vorrangig war. Hinsichtlich des Umzugs der Justinus-Kerner-Schule in das Backsteingebäude merkt sie an, dass mit dem Einzug in die Fachräume auch die Brandschutzmaßnahmen anfallen würden, welche mit den dargestellten Investitionen nicht abgedeckt seien.

EBM **Seigfried** erwidert, dass dies nur mit dem kompletten Einzug in beide Gebäude der Silcherschule der Fall wäre. Gegenwärtig rechne man aufgrund der Schulentwicklung allerdings mit geringeren Schülerzahlen, so dass eines der Gebäude ausreichen würde. Bei den vorgestellten Varianten wurden die Kostenberechnungen unter diesen Prämissen aufgestellt. Zum jetzigen Zeitpunkt könne jedoch nicht gesagt werden, wie der Dialogprozess der Werkrealschulen ausgehe. Das Gremium komme bei einer Entscheidung für eine Variante nicht umhin diese Unklarheit hinzunehmen.

Auf die Frage zur Beteiligung der Ausschussmitglieder im Werkstattprozess der Gemeinschaftsschulen entgegnet Frau **Schmetz**, dass es sich dabei zunächst um eine innerschulische Angelegenheit auf Initiative einer Schule gehandelt habe.

Stadtrat **von Stackelberg** nimmt Bezug auf die Vorlage und bezeichnet den Beschlussvorschlag als einseitig perfekte Lösung für das Goethe-Gymnasium. Die Justinus-Kerner-Schule dürfe dabei jedoch nicht außer Acht gelassen werden. Andererseits ergebe sich bei einer Unterbringung des Goethe-Gymnasiums der Vorteil viel schneller frei werdender Räumlichkeiten, deren Nachnutzung dann weitergedacht werden kann. Darüber hinaus sei es möglich, noch etwas Zeit zu gewinnen, um über die Gestaltung intelligenterer Lösungen für die Justinus-Kerner-Schule nachzudenken, die den Werkrealschulen in der Oststadt und im Stadtteil Eglosheim weiterhelfen könnten.

Stadtrat **Kirnbauer** interpretiert die Handlungsoptionen als Gegenüberstellung einer Grobschätzung von ungefähr gleich hohen Kosten. Die Kernfrage sehe er hingegen in der Verteilung der Schulen.

Mit Einverständnis des Gremiums erfolgt eine kurze Sitzungsunterbrechung zur fraktionsinternen Beratung.

Stadtrat **Dr. Bohn** gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab und bittet diese ins Protokoll aufzunehmen.

„Die Schulen brauchen heute eine Entscheidung. Die Entscheidung selbst ist ungeheuer schwierig. Viele sind davon berührt, mehrere Schulen, Schüler, Eltern, Lehrkräfte. Wir haben die Frage in der Fraktion eingehend diskutiert. Ich stimme für die Variante IV und repräsentiere einen Teil der SPD-Fraktion. Diese Variante lässt sich im Konzept bestens umsetzen, ist kostengünstig und wird sich nach meiner Überzeugung in der Schulentwicklung als zukunftsgerecht herausstellen.“

Abschließend erläutert EBM **Seigfried** das Abstimmungsprozedere. Zur Beschlussfassung steht zunächst die Vorl.Nr. 036/14 über die Variante IV, sofern diese keine Mehrheit fände, würde er nachfolgend die weiteren Varianten in der abgedruckten Reihenfolge zur Abstimmung stellen.

TOP 2.2

Varianten I - III

Vorl.Nr. 395/13

Beratungsverlauf:

Siehe Beratungsverlauf des Tagesordnungspunktes 2.1, Vorl.Nr. 036/14.

TOP 3

Kinder- und Familienzentrum Neckarweihingen
- Standort
- Raumprogramm
- Art der Vergabe der Planungsleistung
(Vorberatung)

Vorl.Nr. 025/14

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** macht darauf aufmerksam, dass die Vorl.Nr. 025/14 in der heutigen Ausschusssitzung entgegen der dargestellten Beratungsfolge nur eingebracht werden solle, um Nachfragen zu ermöglichen. Eine Beschlussfassung sei nicht vorgesehen, was unter den Beteiligten im Ältestenrat am 17.02.2014 so kommuniziert wurde. Darüber hinaus finde im Stadtteil am 20.02.2014 eine Bürgerinformationsveranstaltung zu dieser Thematik statt, bevor die Beratung der Vorlage im Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales und im Gemeinderat fortgesetzt werde.

Frau **Schober** (FB Bildung, Familie, Sport) unterrichtet das Gremium anhand einer Präsentation über den Inhalt der Vorl.Nr. 025/14. Dabei geht sie insbesondere auf die aktuelle Versorgung in der Kindertagespflege, Planungsgrößen und Empfehlungen zur Schaffung von Betreuungsplätzen aufgrund der Prognose von biregio ein und erläutert die Einzeldarstellung der Standortalternativen für das Kinder- und Familienzentrum im Detail.

Stadträtin **Kopf** bittet hinsichtlich der Alternative 2 darum, auf die Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich des alten Schulgebäudes zu achten. Dieser Aspekt solle nicht nur am Rande behandelt werden.

Stadtrat **Daferner** bezieht sich auf Ausführungen von Frau Kopf und sieht bisher keine Entscheidung über einen möglichen Abbruch oder eine Sanierung getroffen. Dies wurde bewusst offen gelassen. Er vertritt den Standpunkt, dass die Bedarfe noch nicht hinreichend geklärt und ausreichend geprüft worden seien. Auch rege er an das Thema Trägervielfalt in Bezug auf den katholischen Kindergarten noch einmal aufzugreifen.

Protokollauszug Ausschuss für Bildung, Sport und Soziales 19.02.2014

Eine Konzentration von acht Gruppen in einem Kindergarten überzeuge ihn noch nicht in vollständig.

Stadtrat **Kirnbauer** bemängelt die Kurzfristigkeit der Vorlage und der Einladung zur Bürgerinformationsveranstaltung. Da ihm selbst eine Teilnahme nicht möglich sei, bitte er am morgigen Termin einen neutralen Informationsaustausch ohne Vorfestlegungen zu gewährleisten.

EBM **Seigfried** erinnert daran, dass die Festlegungen über die geänderte Beratungsfolge im Ältestenrat erfolgten. Aufgrund der aktuell hohen Zahl von Beteiligungsprojekten sei es leider unterblieben, eine Einladung für die morgige Veranstaltung zu versenden, wofür er um Entschuldigung bitte. Grundsätzlich sei es momentan einfach nicht mehr möglich unbesetzte Termine zu finden. Bei einer Stadt wie Ludwigsburg, die sich ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Beteiligungsverfahren und hochkomplexe Entscheidungsprozesse leiste, bestehe nahezu ein gewisser Zwang für eine Terminhäufung, damit eine Abarbeitung der Projekte und Vorhaben gelingen könne.

Für Stadträtin **Klett-Heuchert** trage die kurzfristige Einladung nicht zu einem sensiblen Vorgehen in Neckarweihingen bei. Sie erkundigt sich nach der vorgesehenen Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger und wie diese sich einbringen könnten. Bei einer Konzentration an einem Standort befürchte sie erhebliche Schwierigkeiten. Aus diesem Grund sei ihr die Rückmeldung aus der Bürgerschaft ein wichtiger Wegweiser im Prozess der Entscheidungsfindung.

Stadtrat **Heer** bittet um Zusendung der gezeigten Präsentation. Für die schwierigen Beratungen erbitte er noch etwas mehr Zeit, damit insgesamt ein Ergebnis mit hoher Akzeptanz im Stadtteil und in der Ausführung eine sachgerechte Lösung mit genügend Platz zur Umsetzung komme.

Für Stadträtin **Lange** fehlen noch Angaben zur Finanzierung über die Planungsrate hinaus. Persönlich spreche sie für die zukunftsreichere Alternative 2 aus.

EBM **Seigfried** informiert über den geplanten Ablauf der Bürgerinformationsveranstaltung. Die teilnehmenden Stadträtinnen und Stadträte könnten in diesem Rahmen die Reaktionen aus dem Stadtteil wahrnehmen und eine Meinung zu den unterschiedlichen Zielkonflikten bilden. Die Verwaltung schlage die beiden denkbaren Alternativen vor, andere Optionen seien realistisch nicht in einem überschaubaren Zeitrahmen umsetzbar.

Stadtrat **Daferner** hält den Zeitfaktor bei der Entscheidung für wichtig. Nach seiner Auffassung sei die Taktung der Beratungen zu eng um eine Entscheidung zu treffen, die dem Ausmaß gerecht werde. Umso mehr solle man sich die Zeit für eine sachgerechte Beratung nehmen.

Stadtrat **Kromer** regt in diesem Zusammenhang an, in der Lageplanübersicht der Bildungseinrichtungen in Neckarweihingen die Verteilung der Einwohner mit Kindern zu ergänzen. Wie schon seine Vorredner tut er sich mit der Zentralität des Verwaltungsvorschlages schwer und lenkt den Fokus auch auf den Aspekt der pädagogischen Betreuung in solch großen Einheiten.

Vor dem Hintergrund der späten Einladung an die Mitglieder des Gemeinderates lenkt Stadtrat **Herrmann** die Aufmerksamkeit auf die Veröffentlichung des Termins der Bürgerinformationsveranstaltung im Neckarweihinger Mitteilungsblatt. Die danach verbleibende Zeit für Diskussionen und Beratungen halte er für ausreichend.

Stadtrat **Weiss** wünscht sich neben dem bereits angesprochenen Zeitablauf des Projektes auch weitergehende Informationen zu den Details der Finanzierung, da nach seiner Kenntnis noch keine Berücksichtigung dieser Maßnahme in der städtischen Finanzplanung erfolgt sei.

Herr **Weisser** (FB Hochbau und Gebäudewirtschaft) führt aus, dass für beide Alternativen ein zweistelliger Millionenbetrag anfallt. Rechnerisch könne er für die zentrale Lösung Synergien und Einsparungen bewerten, sofern alle Einrichtungen in einem Gebäude an der Schwarzwaldstraße unterkämen.

EBM **Seigfried** geht davon aus, dass eine Klärung aller entscheidungsrelevanten Einflussfaktoren nur schwer möglich sei. Beispielsweise bestünden Unklarheiten hinsichtlich der Erweiterung der Einrichtung in der Landäckerstraße, da es an belastbarem Zahlenmaterial dafür fehle. Dies sei nach Freigabe durch den Träger noch zu klären und werde mit einer kompletten Untersuchung einhergehen. Grundsätzlich würde eine Entscheidung auf der Grundlage von komplett durchgeplanten Alternativen mehrere hunderttausend Euro Planungskosten verbrauchen. In einem ersten Schritt solle zunächst die Entscheidung für eine Alternative fallen, deren Umsetzung in der Folge so kostengünstig wie möglich erfolge.

Stadtrat **Kirnbauer** regt eine Kostenschätzung auf der Grundlage der Grund- und Nebenflächen sowie Erweiterungsflächen an, damit zumindest eine grobe Summe bekannt sei.

Herr **Weißer** entgegnet dem mit einem Verweis auf die Vorlage Projektfahrplan, in der beschlossen wurde, dass erst nach einem Vorentwurf die Kosten entsprechend benannt werden und dann in die mittelfristige Finanzplanung aufgenommen würden. Wegen mangelnder Verlässlichkeit der groben Schätzungen in diesem Stadium habe man sich seinerzeit auf dieses Vorgehen geeinigt, woran sich sein Fachbereich halte.

Abschließend fasst EBM **Seigfried** die Beratungen zusammen und geht auf Unschärfen bei den Kostenermittlungsansätzen und das weitere Verfahren ein. Darüber hinaus sagt er dem Gremium die Zusendung der gezeigten Präsentation zu.

TOP 4 **Aktion "Lesestart"**
 bundesweite Aktion in Kooperation mit der
 Stiftung Lesen
 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

Frau **Gottwald** (FB Bildung, Familie, Sport) stellt dem Gremium die Aktion „Lesestart“ der Stiftung Lesen vor, bei der in drei Meilensteinen frühkindliche Sprach- und Leseförderung betrieben werde. Die drei Meilensteine stünden für die drei Projektphasen, an denen die Kinder jeweils eine Lesetasche erhielten. In Zusammenarbeit mit Kinderärzten, Bibliotheken und Schulen würden auf diese Weise im achtjährigen Projektzeitraum rund 4,5 Mio. Lesetaschen an die Zielgruppe der Geburtsjahrgänge 2010 bis 2012 verteilt. Finanziert werde das Projekt vom Bundesministerium für Bildung und Forschung und durchgeführt von der Stiftung Lesen.

TOP 5 **Beschaffung von PCs für den lehrplanmäßigen** **Vorl.Nr. 018/14**
 Unterricht

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für den lehrplanmäßigen Unterricht der 23 Ludwigsburger Schulen und für den Verwaltungsbetrieb der Sekretariate insgesamt 644 neue PCs mit Betriebssystem, teilweise Monitoren, sowie den erforderlichen Lizenzen (Officeanwendungen) zu kaufen. Der Gesamtbetrag der Anschaffungen beläuft sich auf rund 400.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Nicht anwesend: Stadträtin Voigt (entschuldigt, privat verhindert)
Stadtrat Kirnbauer

Beratungsverlauf:

EBM **Seigfried** verweist einleitend auf die dem Gremium vorliegende Beschlussvorlage Nr. 018/14.

Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Eine Aussprache findet nicht statt.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 018/14 im Gremium zur Abstimmung.

TOP 6

Annahme von Spenden, Schenkungen u.ä.
Zuwendungen 2. Halbjahr 2013

Vorl.Nr. 012/14

Beschluss:

1. Die Zuwendung der **Mann + Hummel GmbH** in Höhe von **12.900 EUR** (Ifd. Nr. 9) wird zugunsten der Mann + Hummel Stiftung angenommen.
2. Die Zuwendung der **Kreissparkasse Ludwigsburg** in Höhe von **50.000 EUR** (Ifd. Nr. 28) wird angenommen.
3. Alle weiteren in der Anlage aufgeführten Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen bis **5.000,- EUR** werden gesammelt angenommen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 12 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig angenommen

Nicht anwesend: Stadtrat Meyer (befangen)
Stadträtin Voigt (entschuldigt, privat verhindert)
Stadtrat Kirnbauer

Beratungsverlauf:

Stadtrat **Dr. Vierling** bezieht sich auf den Hinweis zu Ziffer 1 in der Vorl.Nr. 012/14 und möchte wissen, was unter Jugendpatenschaften zu verstehen sei.

EBM **Siegfried** antwortet, dass es sich dabei um internationale Begegnungen von Schulen handle. Eine Aufstellung, wofür die Mittel genau verwendet würden, lasse er dem Gremium zukommen.

Abschließend stellt EBM **Seigfried** die Vorl.Nr. 012/14 im Gremium zur Abstimmung